



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 21, No. 5/2006

**abgeschlossen am
31. Mai 2006**

	<u>Seite</u>
1. Senat verabschiedet Kompromiss zur Reform des Einwanderungsrechts	1
2. Senat bestätigt Nominierung von General Hayden als Direktor der CIA	2
3. Congress verabschiedet Verlängerung von Steuersenkungen	4
4. Repräsentantenhaus beschließt Budget-Resolution 2007	5
5. Repräsentantenhaus verabschiedet <i>Defense Authorization 2007</i>	6
6. Ethik-Ausschuss des Repräsentantenhauses nimmt Arbeit wieder auf	7
7. Heftige Kontroverse um FBI-Durchsuchung von Abgeordnetenbüro	8
8. Rechtsausschuss schreibt <i>Voting Rights Act</i> fort	9

1. Senat verabschiedet Kompromiss zur Reform des Einwanderungsrechts

Der Senat hat am 25. Mai 2006 einen zwischenparteilichen Kompromiss zur Reform des Einwanderungsrechts mit breiter Mehrheit angenommen.

Für die auch von Präsident George W. Bush unterstützte Gesetzesvorlage stimmten 62 Senatoren, dagegen 36. Die Gegenstimmen kamen größtenteils aus den Reihen konservativer Republikaner, allerdings schlossen sich 4 Demokraten der Mehrheit der republikanischen Fraktion an, zwei weitere demokratische Senatoren enthielten sich der Stimme.

Die nach zähem Ringen ausgehandelte Kompromissvorlage (vgl. CR 4/2006, S. 1) kombiniert umfassende Maßnahmen zur Stärkung der Grenzsicherung mit einer Reihe von Optionen zur Erlangung von Arbeitsvisa für Migranten ohne bisherige Aufenthaltserlaubnis.

Darüber hinaus greift der Gesetzentwurf zwei von Präsident Bush popularisierte Vorschläge auf. Zum einen sollen 200.000 zusätzliche befristete Arbeitsvisa erteilt und ein gesondertes Programm für landwirtschaftliche Saisonarbeitskräfte geschaffen werden. Zum anderen soll es den Gouverneuren der Bundesstaaten erlaubt werden, Personal der Nationalgarde zur logistischen Unterstützung von Einwanderungsbehörden und Polizei anzufordern.

Während die Legalisierungsoption und die zusätzlichen Visa-Kontingente vor allem auf konservativer Seite auf Ablehnung stoßen, haben ein Teil der Gouverneure sowie liberale Demokraten vor dem Einsatz der Nationalgarde zur Grenzsicherung gewarnt.

Die Gouverneure befürchten, dass die ohnehin durch internationale Militäreinsätze strapazierte Nationalgarde keine weiteren Belastungen schultern kann und die Reserven für den Einsatz bei Naturkatastrophen ausgedünnt werden.

Durch die freiwillige Ausgestaltung des Programms und die Kostenübernahme durch den Bund sowie die Beschränkung des Einsatzplans für Nationalgardisten auf nichtpolizeiliche Funktionen ist die Administration allerdings in der Defensive.

Obwohl Senatoren von Edward Kennedy (D-Mass.) bis zu John McCain (R-Ariz.) den Kompromiss mit Nachdruck unterstützen und die Administration sich aktiv für die Gesetzesvorlage einsetzt, ist eine Annahme durch den Congress noch keineswegs gesichert.

Die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus hat zwar in einzelnen Punkten ihre Kompromissbereitschaft signalisiert, doch lehnt sie die Legalisierung nicht genehmigter Arbeitsverhältnisse weiterhin kategorisch ab.

Die unter dem Schlagwort der „Amnestie“ kritisierten Legalisierungs- und Einbürgerungsbestimmungen finden selbst unter Abgeordneten des linken Flügels der republikanischen Partei bestenfalls eine skeptische Aufnahme.

Ungeachtet zu der sich in Meinungsumfragen abzeichnenden breiten Zustimmung der Bevölkerung zu dem kombinierten Ansatz ist der Widerstand unter konservativen republikanischen Wählern hoch.

Angesichts der ohnehin schwierigen politischen Situation für die Republikaner im Vorfeld der Congress-Wahlen im November wollen viele Abgeordnete das politische Risiko nicht eingehen, die Parteibasis in der emotional stark aufgeladenen Thematik zu verprellen.

2. Senat bestätigt Nominierung von General Hayden als Direktor der CIA

Der Senat hat am 26. Mai 2006 mit der deutlichen Mehrheit von 78:15 Stimmen die Nominierung von General Michael Hayden als Direktor der *Central Intelligence Agency* (CIA) bestätigt. Für Hayden sprachen sich 52 Republikaner, 25 Demokraten und ein unabhängiger Senator aus. Gegen die Bestätigung des neuen CIA-Direktors stimmten 14 Demokraten und ein Republikaner.

Hayden war von Präsident Bush Anfang Mai 2006 für das Amt vorgeschlagen worden. Der Luftwaffengeneral tritt die Nachfolge des bisherigen Amtsinhabers und früheren Vorsitzenden des Geheimdienstausschusses im Repräsentantenhaus Porter J. Goss an, der nach einer vergleichsweise kurzen Amtszeit von anderthalb Jahren ausscheidet. Goss ist es offensichtlich nicht gelungen, die CIA nach den schweren nachrichtendienstlichen Pannen im Vorfeld des Irakkrieges (vgl. CR 7-8/2004, S. 1) personell und inhaltlich neu auszurichten.

General Hayden verfügt über umfangreiche nachrichtendienstliche Erfahrung. Zuletzt arbeitete er als Stellvertreter von John Negroponte, dem *Director of National Intelligence* (DNI), als dessen enger Vertrauter Hayden gilt. Die Position des DNI war vom Congress im Rahmen einer umfangreichen Reform des Nachrichtendienstwesens 2004 geschaffen worden (vgl. 11-12/2004, S. 1), um eine effektivere Koordination des riesigen nachrichtendienstlichen Apparats der USA zu erreichen. Die USA geben für die nachrichtendienstliche Aufklärung jährlich etwa 40-50 Mrd. USD aus (vgl. CR 4/2006, S. 6), wobei der Großteil der Dienste unter dem Dach des Verteidigungsministeriums angesiedelt ist.

Vor seiner Tätigkeit als *Deputy Director of National Intelligence* leitete Hayden zwischen 1999 und 2005 die *National Security Agency* (NSA), die für elektronische Aufklärung zuständig ist. Die NSA ist in den vergangenen Monaten in das Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik in den USA geraten, nach dem bekannt wurde, dass sie im Rahmen eines breit angelegten Abhörprogramms Telefonate und E-Mails zwischen amerikani-

schen und ausländischen Teilnehmern abgehört und ausgewertet hat (vgl. CR 2/2006, S. 6).

Kritiker haben dies nicht nur als Bruch des *Foreign Intelligence Act* von 1978 (FISA), sondern auch als Angriff auf den vierten Verfassungszusatz gewertet. In ihm wurde den US-Bürgern 1791 von den Verfassungsgebern der „Schutz von Person und Wohnung (...) vor willkürlicher Durchsuchung, Verhaftung und Beschlagnahme“ garantiert.

Hayden hatte das geheime Abhörprogramm der NSA, das von Präsident Bush nach dem 11. September 2001 mit Verweis auf die Sicherheitslage autorisiert worden war, in den Anhörungen zu seiner Nominierung vor dem Senat verteidigt.

Kritiker im Senat wie der Demokrat Russ Feingold (Wis.) bezeichneten das *Domestic Surveillance Program* der NSA während der Anhörungen zu Haydens Nominierung als „illegal“ und warfen Präsident Bush vor, „das Land in die Irre geführt zu haben“. Ähnlich äußerte sich auch die Republikanerin Olympia J. Snowe (Maine), die dem Präsidenten vorwarf, dass er den Congress in der Frage des geheimen Abhörprogramms „niemals konsultiert habe“ und eine stärkere Kontrolle des Nachrichtendienstwesens durch den Congress anmahnte. Auch Arlen Specter (Penn.), der einzige Republikaner, der am Ende gegen die Bestätigung von Hayden stimmte, warf der Administration „Nichtinformation“ vor.

Die amerikanische Öffentlichkeit scheint mit Blick auf das Abhörprogramm der NSA gespalten. In einer *Newsweek*-Umfrage vom 11./12. Mai 2006 bezeichneten 53 Prozent der Befragten den Lauschangriff der NSA einerseits als ein Programm, das als „Instrument im Kampf gegen den Terrorismus“ zu weit geht. Andererseits schätzen 41 Prozent die Maßnahmen der NSA als „notwendiges Instrument“ zur Terrorismusbekämpfung ein. In einer *ABC News/Washington Post*-Umfrage von Mitte Mai 2006 erachteten 63 Prozent der Befragten die Abhörmaßnahmen gar als „akzeptabel“, wenn sie im Zusammenhang mit der Identifizierung möglicher Terrorverdächtiger stehen, während nur 35 Prozent ein solches Vorgehen als „inakzeptabel“ bewerteten. Die amerikanische Öffentlichkeit scheint so gesehen dem Schutz der nationalen Sicherheit zumindest ebenso große Priorität einzuräumen wie dem Schutz der Privatsphäre.

Hayden gilt als aufrechter Karrieresoldat, der sich offensichtlich in der Vergangenheit nicht gescheut hat, Verteidigungsminister Rumsfeld und dessen *Undersecretary of Defense for Intelligence* Stephen Cambone Paroli zu bieten. Als Viersternegeneral traut man Hayden im Senat offensichtlich zu, die CIA gegenüber dem Pentagon institutionell stärker zu vertreten. Durch seine Nähe zum *Director of National Intelligence* John Negroponte scheint auch ein stärkeres Teamplay gewährleistet.

Der neue CIA-Direktor hat angekündigt, dass er die technischen Möglichkeiten des Dienstes stark verbessern, aber auch die stellenweise vernachlässigte „human intelligence“ ausbauen will.

Das eigentliche Problem ist damit freilich nicht gelöst: Es ist die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste in den USA vor dem Hintergrund konkurrierender Aufgaben und überlappender Zuständigkeiten. Hier ist der Congress aufgefordert, seine Kontrollinstrumente zu verbessern, beispielsweise in dem er den Haushaltsbewilligungsprozess stärker bündelt.

Davon ist die amerikanische Legislative im Jahr der Zwischenwahlen aber meilenweit entfernt. Zu sehr scheinen insbesondere die Demokraten zu fürchten, dass sie in der Öffentlichkeit zu „soft on intelligence“ erscheinen könnten. Dabei kann eine Reform des Nachrichtendienstwesens, wie sie der Congress 2004 anvisiert hat, nur dann gelingen, wenn die diesbezüglichen Entscheidungs- und Kontrollmechanismen der Legislative *selbst* grundlegend reformiert und neu geordnet werden.

3. Congress verabschiedet Verlängerung von Steuersenkungen

Repräsentantenhaus und Senat haben Anfang Mai 2006 ein neues Steuersenkungspaket verabschiedet, das eine Reihe der in den kommenden Jahren auslaufenden Erleichterungen fortschreibt (vgl. CR 11-12/2005, S. 7).

Das Repräsentantenhaus stimmte der vom Vermittlungsausschuss der beiden Kammern ausgearbeiteten Vorlage in einer parteipolitisch polarisierten Abstimmung mit 244 gegen 185 Stimmen zu.

Der Senat folgte am 11. Mai mit 54 gegen 44 Stimmen für die Vorlage. Mit Lincoln Chafee (R.I.), Olympia J. Snow (Maine) and George V. Voinovich (Ohio) votierten nur drei Republikaner gegen das Gesetz, drei Demokraten, nämlich Ben Nelson (Neb.), Bill Nelson (Fla.) und Mark Pryor (Ark.) schlossen sich der republikanischen Mehrheit an.

Die beiden Kernelemente der Novelle sind

- eine zweijährige Verlängerung der 2008 auslaufenden Absenkung der Steuern auf Kapitalgewinne auf 15 Prozent sowie
- eine einjährige Verlängerung der bereits ausgelaufenen Anpassung der *Alternative Minimum Tax* (AMT, Mindesteinkommenssteuer).

Die Gesamtkosten des Steuererleichterungspakets werden auf knapp 70 Mrd. USD während der kommenden fünf Jahren veranschlagt. Damit blieben Repräsentantenhaus und Senat im Rahmen der Vorgaben der Budgetplanung und konnten, unter den für Haushaltsberatungen geltenden Regeln, die Vorlage mit einfacher Mehrheit durchsetzen.

Die Demokratische Opposition hielt den Republikanern vor, die Steuersenkungen begünstigten die höheren Einkommensgruppen übermäßig und seien mit Blick auf die wachsende Verschuldung des Bundes nicht zu rechtfertigen.

Die republikanische Mehrheit insistierte demgegenüber darauf, dass die auch unter Demokraten populäre AMT-Anpassung vor allem mittleren Einkommen zu Gute kommt und die Absenkung der Kapitalertragssteuer mit Blick auf die Erhaltung der Wachstumsdynamik der Wirtschaft unabdingbar ist.

Für die Republikanische Partei ist die Fortschreibung der zuerst 2001 beschlossenen Steuererleichterungen (vgl. CR 6-7/2001, S. 3) einer der wenigen legislativen Lichtblicke im Vorlauf der Congress-Wahlen im November.

Präsident Bush hat das von der Administration unterstützte Steuererleichterungsgesetz am 17. Mai 2006 unterzeichnet.

4. Repräsentantenhaus beschließt Budget-Resolution 2007

Nach dem Senat (vgl. CR 3/2006, S. 8) hat am 18. Mai 2006 auch das Repräsentantenhaus seine Vorlage zur Budget-Resolution 2007 (House Concurrent Resolution 376) mit 218 zu 210 Stimmen verabschiedet.

Die Vorlage des Repräsentantenhauses

- sieht Gesamtausgaben der amerikanischen Bundesregierung im Haushaltsjahr 2007, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2006 beginnt, in Höhe von 2,8 Billionen USD vor.
- verfügt im Bereich des so genannten *discretionary spending* in Übereinstimmung mit dem Haushaltsentwurf Präsident Bushs (vgl. CR 2/2006, S. 3) eine Ausgabenbegrenzung von 873 Mrd. USD für die drei Ausgabenfelder Inlands, Auslands- und Rüstungsprogramme.

Dem *discretionary spending* steht das *mandatory spending* gegenüber, wo die Entscheidungsspielräume des Congress auf Grund vorhandener Rechtsansprüche im Wege von *entitlements* in den Bereichen Sozial- und Krankenversicherung sowie Schuldentilgung stark eingeschränkt sind.

Die Budget-Resolution steckt den groben Finanzrahmen für die Arbeit der Bewilligungsausschüsse in beiden Kammern ab und hat so eine erhebliche haushaltspolitische Bedeutung.

Kontrovers wurde im Repräsentantenhaus vor allem die verfügte Obergrenze im Bereich des *discretionary spending* diskutiert, weil sie Einsparungen von 3,1 Mrd. USD

erforderlich macht, ohne dass geklärt ist, woher diese kommen sollen. Die oppositionellen Demokraten kritisierten die nun verabschiedete Budget-Resolution 2007 denn auch als „Farce“, wie sich David R. Obey (D-Wis.) ausdrückte. Demgegenüber betonten führende Republikaner im Repräsentantenhaus, dass mit der Resolution zunächst nur der große Rahmen für die Haushaltsbewilligung abgesteckt ist und Detailentscheidungen sowieso an anderer Stelle getroffen werden müssen.

Nun muss die Vorlage des Repräsentantenhauses noch mit der des Senats (vgl. CR 3/2006, S. 8) im Vermittlungsausschuss synchronisiert werden. Dabei dürften neben der Öffnung des unter Naturschutz stehenden *Alaska Arctic Wildlife Refuge* für die Erdöl- und Erdgasgewinnung vor allem die Obergrenzen im Bereich des *discretionary spending* Konfliktstoff bieten.

5. Repräsentantenhaus verabschiedet *Defense Authorization* 2007

Das Repräsentantenhaus hat am 13. Mai 2006 seinen Entwurf zum Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2007 (*Fiscal Year 2007 Defense Authorization*) mit 396 zu 31 Stimmen beschlossen.

Im Rahmen der *Defense Authorization* entscheidet der Congress jährlich der Sache nach über die Konfiguration des Rüstungshaushalts. Die eigentliche Ausgabenhöhe wird im Wege der Verteidigungsbewilligung (*Defense Appropriation*) festgelegt.

Die Vorlage des Repräsentantenhauses zum Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2007 hat einen Gesamtumfang von 512 Mrd. USD und Präsident Bush bereits zu einer Vetodrohung veranlasst.

Umstritten zwischen Präsident und Repräsentantenhaus sind vor allem zwei Entscheidungen:

Zum einen möchte die Kammer den Sold für die amerikanischen Militärangehörigen um einen halben Prozentpunkt mehr als die Administration um 2,7 Prozentpunkte erhöhen. Das hält das Verteidigungsministerium für inakzeptabel, weil damit zusätzliche Ausgabenbelastungen in Höhe von 400 Mio. USD im Jahr 2007 und insgesamt 3,6 Mrd. USD während eines Zeitraumes von fünf Jahren entstehen würden.

Zum anderen enthält die Vorlage des Repräsentantenhauses eine Passage, die das Verteidigungsministerium darauf verpflichten würde, vorzugsweise Produkte amerikanischer Firmen zu kaufen. Diese so genannte „Buy America“-Bestimmung war von Duncan Hunter (R-Cal.), dem Vorsitzenden des *House Armed Services Committee*, immer wieder gefordert worden. Hunter begründete seine Forderung damit, dass die USA „die Verteidigung für die freie Welt liefern“ und dementsprechend auch US-amerikanische Arbeiter die Waffen dafür herstellen sollen.

Mit beiden Bestimmungen versuchen sich die Republikaner offensichtlich mit Blick auf die Zwischenwahlen im November 2006 politisch etwas von Präsident Bush abzugrenzen, der sich neuesten Meinungsumfragen zufolge in einem Zustimmungstief für seine Amtsführung befindet. Einer *New York Times/CBS News*-Umfrage vom 4.-8. Mai 2006 zufolge sind derzeit nur noch 31 Prozent der Befragten mit George W. Bushs Präsidentschaft zufrieden. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass sich die Republikaner um Distanzierung vom Präsidenten bemühen, zumal in einer so symbolträchtigen Frage wie dem Sold für US-Militärangehörige oder der „Buy America“-Bestimmung.

Im Senat hat der zuständige Streitkräfteausschuss Anfang Mai 2006 über seine Vorlage zum Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2007 entschieden, ohne dass auch schon im Plenum eine Entscheidung getroffen wurde. Ein Konflikt im Vermittlungsausschuss zwischen beiden Kammern scheint dennoch programmiert, weil das *Senate Armed Services Committee* in seiner Vorlage den Sold für die US-Militärangehörigen um 0,5 Prozentpunkte weniger als das Repräsentantenhaus anheben möchte und auf eine „Buy America“-Bestimmung verzichtet hat.

6. Ethik-Ausschuss des Repräsentantenhauses nimmt Arbeit wieder auf

Der Ethik-Ausschuss des Repräsentantenhauses hat nach einer mehrmonatigen Pause in Folge der zwischenparteilichen Streitigkeiten um die Führung der Kammer und den Umgang mit Mitarbeiterstäben Mitte Mai 2006 seine Arbeit wieder aufgenommen und drei neue Untersuchungen gegen Abgeordnete eingeleitet.

Erleichtert wurde die Wiederaufnahme der Arbeit des *House Committee on Standards of Official Conduct* durch den Rückzug des ranghöchsten demokratischen Vertreters im Ausschuss, Alan B. Mulholland (W.Va.), der sich mit Vorhaltungen konfrontiert sah, sein Mandat für die Förderung einer von ihm gegründeten mildtätigen Stiftung genutzt zu haben.

Minority Leader Nancy Pelosi (D-Cal.) ersetzte Mulholland durch Howard Berman (D-Cal.), einen erfahrenen und nicht vorbelasteten Veteranen der Parteiführung.

Der Ethik-Ausschuss wird sich mit Vorwürfen gegen drei Abgeordnete befassen. Zu ihnen gehören

- Randy Duke Cunningham (R-Cal.), dem die Annahme von Bestechungsgeldern aus der Verteidigungsindustrie vorgehalten wird (vgl. CR 2/2006, S. 3);
- William J. Jefferson (D-La.), gegen den ein Ermittlungsverfahren wegen der Annahme von Bestechungsgeldern läuft (vgl. Punkt 7);
- Robert W. Ney, der im Zuge der Ermittlungen gegen den notorischen Lobbyisten

Jack Abramoff (vgl. CR 4/2005, S. 8) ins Visier der Justizbehörden geraten ist.

Eine weitere beschlossene Untersuchung gegen den früheren *Majority Leader* Tom DeLay (R-Tx.), gegen den ein Gerichtsverfahren wegen rechtswidriger Wahlkampfspenden in Texas läuft, wurde nach dessen Ankündigung auf einen Rückzug aus dem Repräsentantenhaus (CR 4/2006, S. 7) fallen gelassen.

Aus der Sicht der republikanischen Mehrheit, die mit der Auswechslung des Vorsitzenden des *Ethics Committee* nach mehreren Rügen gegen DeLay reagiert hatte, soll die neue Runde der eingeleiteten Untersuchungen helfen, das angeschlagene Image der Partei mit Blick auf die Congress-Wahlen im November aufzubessern.

Die Demokraten setzen demgegenüber darauf, dass die öffentliche Aufarbeitung der Skandalserie im Repräsentantenhaus ihrer Kampagne gegen die republikanische Mehrheit hilft, der sie „Arroganz der Macht“ und eine „Kultur der Korruption“ vorhalten.

7. Heftige Kontroverse um FBI-Durchsuchung von Abgeordnetenbüro

Die Durchsuchung eines Abgeordnetenbüros Mitte Mai 2006 durch Agenten der Bundespolizei FBI (*Federal Bureau of Investigation*) hat zu scharfen Reaktionen der Führung des Repräsentantenhauses und zu einer harschen Debatte um das Verhältnis von Legislative und Exekutive geführt.

Die in Abstimmung mit dem Justizministerium erfolgte FBI-Durchsuchung zielte auf die Sicherstellung von Beweismaterial gegen den demokratischen Abgeordneten William J. Jefferson (La.), gegen den wegen des Verdachts der Annahme von mehreren 100.000 USD Bestechungsgeldern ermittelt wird (vgl. Punkt 6).

Die Aktion der Bundespolizei hat bemerkenswerter Weise vor allem heftige Kritik auf Seiten der republikanischen Repräsentantenhausfraktion hervorgerufen, die bisher als verlässlicher Partner der Bush-Administration gegolten hat.

Speaker Dennis Hastert (R-Ill.) verurteilte die Vorgehensweise des FBI scharf und verlangte die Rückgabe der beschlagnahmten Unterlagen. Der kürzlich zurück getretene *Majority Leader* Tom DeLay (R-Tx.), der sich selbst derzeit wegen des Verdachts rechtswidriger Wahlkampfspenden vor einem texanischen Gericht verantworten muss, sah in der Durchsuchung eine klare Verletzung des Prinzips der Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive.

Die demokratische Opposition im Repräsentantenhaus, die sich angesichts ihrer Antikorruptionskampagne gegen die republikanische Mehrheit eher um eine Distanzierung von Jefferson bemühte, reagierte verhaltener. *Minority Leader* Nancy Pelosi (D-Cal.) hatte Jefferson zuvor bis zur Aufklärung der Vorwürfe zur Niederlegung seiner Parteiämter aufgefordert.

8. Rechtsausschuss schreibt *Voting Rights Act* fort

Im Repräsentantenhaus hat der Rechtsausschuss am 10. Mai 2006 den *Voting Rights Act* aus dem Jahr 1965 mit 33 zu 1 Stimmen um weitere 25 Jahre verlängert. Gegen die Gesetzesvorlage (*Fannie Lou Hamer, Rosa Parks, and Coretta Scott King Voting Rights Act Reauthorization*) stimmte lediglich der Republikaner Steve King (Iowa).

King wollte zweisprachige Wahlhilfen, wie sie seit 1975 im Rahmen der damaligen Verlängerung des *Voting Rights Act* gesetzlich vorgeschrieben sind, zunächst auf sechs Jahre begrenzt sehen, wofür sich allerdings im *House Judiciary Committee* keine Mehrheit fand.

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, F. James Sensenbrenner (R-Wis.), verband mit dem Votum seines *Committee* die Hoffnung auf eine möglichst baldige Verabschiedung der Vorlage durch das Hausplenum.

Der *Voting Rights Act* von 1965 gilt allgemein als ein Meilenstein in der Gleichstellung von so genannten *Minority Voters*, denen es zuvor in den Vereinigten Staaten vor allem im Süden sehr schwer gemacht wurde, am demokratischen Entscheidungsprozess teilzunehmen. Mit einer Entscheidung des Repräsentantenhauses noch im Juni 2006 ist zu rechnen.

Erratum:

Auf S. 6, fünfte Zeile des Congress Report 4/2006 hat sich ein Tippfehler eingeschlichen. Der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses im Repräsentantenhaus heißt Peter Hoekstra.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report